

17/V. 1918

17
WA

Oberbürgermeister Vermuth über die Metallbeschlagnahme. Die Freie Vereinigung Berliner Hausbesthervereine hatte den Magistrat ersucht, möglichst im Zusammenwirken mit dem Deutschen Städtetag, bei den zuständigen Behörden Schritte zu unternehmen, daß von der Entfernung der Türklinen usw. Abstand genommen werde. Oberbürgermeister Vermuth hat dazu geantwortet, daß der Magistrat erneut versuchen wird, „im Interesse des Hausbesthes bei der Metall-Mobilmachungsstelle des Kriegeministeriums auf eine Aufschübung der Durchführung der neuen Beschlagnahmeverordnung über Einrichtungsgegenstände und eine Erhöhung des Einheitspreises, insbesondere für Türklinen und Fenstergriffe hinzuwirken. Wir verhehlen uns dabei freilich nicht, daß, obwohl es unsern Bemühungen ja bereits gelungen ist, aus den ursprünglichen Entwürfen der Verordnung eine Reihe recht löstiger Einzelstücke ungewöhnlicher Vorrichtungen besitzigen zu lassen, unsern jetzt in Aussicht genommenen erneuten Vorstellungen geringere Aussicht auf einen noch nennenswerten Erfolg eröffnen, wie denn auch den besonders kräftig geführten und langwierigen Verhandlungen der Hausbesther-Organisationen mit den dafür in Betracht kommenden Reichsdienststellen ein Erfolg nicht beschieden gewesen ist. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit für den gesamten deutschen Hausbestherstand haben wir es auch für notwendig erachtet, uns dieserhalb mit dem Deutschen Städtetag in Verbindung zu setzen.“